

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 11

Artikel: Der Mittelstand in Bewegung (Die Fronten)
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331510>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

12. JAHRGANG -- JULI 1933 -- HEFT 11

Der Mittelstand in Bewegung (Die Fronten)

Von Emil J. Walter.

Seit dem Siege des Nationalsozialismus in Deutschland ist das politische Leben der Schweiz in Bewegung geraten. Die Periode *relativer Stabilisierung der politischen Verhältnisse*, wie sie in den Nationalratswahlen seit dem Jahre 1919¹, zum Teil als Folge der Einführung des proportionalen Wahlsystems, zum Teil aber auch als Niederschlag eines gewissen Gleichgewichtes der Klassenkräfte, zum Ausdruck kam, geht ihrem Ende entgegen. Die *nationalfaschistische Welle*, welche Deutschland überflutet hat, schlägt auch in die Schweiz über und beginnt das Gefüge der historischen bürgerlichen Parteien zu zersetzen.

Man würde sich allerdings einer Täuschung hingeben, wenn man glauben würde, die Wendung des schweizerischen Bürgertums zum Nationalismus und zur Reaktion sei eine Erscheinung jüngsten Datums. Schon seit einer Reihe von Jahren verstärkten sich in den bürgerlichen Parteien zusehends die Tendenzen, einen *einheitlichen Bürgerblock* gegen die langsam und stetig zur stärksten Partei des Landes anwachsende Sozialdemokratie zu bilden. So wurde im Bewußtsein weiter bürgerlicher Kreise die Sozialdemokratie zum »Landesfeind« an und für sich gestempelt. Der offene Sieg der nationalistischen Gegenrevolution in Deutschland löste in der Schweiz die letzten moralischen Widerstände, welche bisher die reaktionären Kreise gehemmt hatten, offen auf der Bühne des politischen Kampfes aufzutreten.

¹ Die parteipolitische Gliederung des Nationalrates weist seit 1919 folgendes Bild auf:

	1919	1922	1925	1928	1931
Katholischkonservative	41	44	42	46	44
Liberal-Demokraten	9	10	7	6	6
Freisinnige-Demokraten	59	58	59	58	52
Bauern- und Bürgerpartei	31	35	31	31	30
Sozialdemokraten	41	43	49	50	49
Diverse (davon KP.)	8 (0)	8 (2)	10 (3)	7 (2)	6 (3)
	189	198	198	198	187

Aber alle diese Momente und quasi zufälligen historischen Begleitumstände würden nicht genügt haben, die breite Flut der Mittelstands- und Frontenbewegung in der Schweiz auszulösen, wenn nicht die Weltwirtschaftskrise durch ihre Rückwirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft die Grundlage für eine politische Aktivierung des schweizerischen Kleinbürgertums gebildet hätte.

Es gibt nicht wenige schweizerische Kommunisten, welche die Meinung vertreten, man könne und müsse im Jahre 1933 dem Bürgertum wie im Jahre 1918 mit der Waffe des Generalstreiks entgegen-treten. Diese Auffassung verkennt vollkommen — ganz abgesehen vom allgemein gegenrevolutionären Charakter der gegenwärtigen geschichtlichen Periode — die ökonomische Basis der aktuellen politischen Lage der Schweiz.

Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erlebten wir in der Schweiz eine Periode der *allgemeinen Preissteigerung*, welche auch in den ersten Nachkriegsjahren anhielt. Die Ursachen dieser Preissteigerung waren einerseits der zunehmende Warenmangel, andererseits die Finanzpolitik des Bundes, der seine wachsenden Kriegsdefizite in steigendem Maße durch die Notenpresse abdeckte. Durch die allgemeine Preissteigerung wurde der Reallohn der Arbeiterschaft gesenkt, der kleine mittelständische Produzent, der Bauer, der Handwerker, der Klein-krämer entschuldet. In der Periode der Kriegs- und Nachkriegsjahre erlebte die schweizerische Landwirtschaft eine wirtschaftliche Blütezeit. Der Index der landwirtschaftlichen Produktpreise stieg von 100 im Jahre 1914 auf 267 im Jahre 1919, der Reinertrag je Hektare Kulturfläche und in Prozenten des Aktivkapitals von 3,65 Prozent im Mittel der Jahre 1906 bis 1913 auf 8,54 Prozent im Mittel der Jahre 1914 bis 1919.

Nur durch entschlossene Lohnkämpfe und stetigen Ausbau der Gewerkschaften vermochte die schweizerische Arbeiterschaft in diesen Jahren den Nominallohn den steigenden Lebenskosten anzupassen. Die *politische Aktivierung der Arbeiterbewegung* war die unvermeidliche Folge. Die Forderungen der Arbeiterschaft begegneten bis in weite bürgerliche Kreise der Sympathie der öffentlichen Meinung, da das soziale Unrecht der Reduktion des Reallohnes, die wirtschaftlichen und persönlichen Opfer der Arbeiter in Form des Grenzdienstes, die schamlose Wucherpraktik der Schieber und Spekulanten offen auf der Hand lagen und der kleinbürgerliche Mittelstand glänzende wirtschaftliche Zeiten erlebte.

Die politische Bewegung der Arbeiterschaft fand im Generalstreik des Jahres 1918 ihren Höhepunkt. Das praktische Resultat dieser Bewegung war die *gesetzliche Fixierung des Achtstundentages*, die *Einführung des Nationalratsproporz* und *eine etwa 30prozentige Reallohnsteigerung* der schweizerischen Arbeiterschaft, verglichen mit der Vorkriegszeit. Die Wirtschaftskrise des Jahres 1921 und die politische Spaltung brachen den Elan der Arbeiterbewegung. Eine Periode der politischen Stabilisierung der Machtverhältnisse und der allmählichen

Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse schließt sich an die Krisenjahre 1921 bis 1923.

Heute, im Jahre 1933, ist die wirtschaftliche Basis der politischen Verhältnisse grundsätzlich verschieden von der Lage der Jahre 1916 bis 1919. Die *schwere Strukturkrise des internationalen Kapitalismus* hat zu einer Preisrevolution geführt, welche selbst pessimistische Erwartungen übertraf. Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 ist nicht nur eine schwere Absatz- und Strukturkrise der Industrie, sie wird verschärft durch eine tiefgreifende Strukturkrise der Landwirtschaft als Folge der technischen Agrarrevolution der Jahre 1924 bis 1928 und die wachsende Zerrüttung der internationalen Handels- und Kreditbeziehungen.

Sinkende Preise bedrohen die Existenzbedingungen des Mittelstandes, des Bauern, des Handwerkers, des Krämers. Gleichzeitig bedeuten sinkende Preise bei gleichbleibenden oder langsamer sinkenden Löhnen eine Steigerung der Reallöhne. Nur jene Schichten der Arbeiterschaft, welche aus dem Kreislauf der wirtschaftlichen Tätigkeit durch Arbeitslosigkeit ganz oder durch Arbeitsreduktion teilweise ausgeschlossen werden, werden von der Krise in Form einer Senkung der bisher gewohnten Lebenshaltung getroffen. Die Krise wirkt nicht auf alle Arbeiterkategorien gleichartig ein: die Lage der Arbeiterschaft der Exportindustrie ist eine andere als jene der Arbeiterschaft der Inlandindustrie oder des Gewerbes oder der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe. Die Krise aktiviert nur einen Teil der Arbeiterschaft, ein anderer Teil verfällt passiver Haltung. Die einheitliche Front wird zerrissen durch den Gegensatz von Arbeitslosen und noch im Betrieb stehender Arbeiterschaft, sowohl national als auch international. Die Arbeiterorganisationen aller Länder fordern von den Behörden die Unterbindung des Zuzuges ausländischer Arbeitskräfte. Das internationale Denken wird zurückgedrängt.

Der Mittelstand dagegen, das *Kleinbürgertum* — und die Schweiz ist ja soziologisch das Land des Kleinbürgertums — wird von der Krise direkt und unmittelbar in seinen Existenzgrundlagen bedroht. Die fallenden Preise werten die Schulden auf, machen die vertraglich gebundenen Zinslasten und die Steuern drückender, reduzieren den Umsatz und verkleinern damit die Gewinnspanne. Der landwirtschaftliche Reinertrag sinkt von 3,62 Prozent im Jahre 1929 und 3,25 Prozent im Jahre 1930 auf 1,82 Prozent im Jahre 1931. 1932 dürfte der Reinertrag der schweizerischen Landwirtschaft noch tiefer gesunken sein. Die Lähmung der Exportindustrie greift nach und nach auch auf das Inlandgewerbe und die Inlandindustrie über. Dort, wo wirtschaftliche Reserven fehlen — beim Kleinbetrieb —, führt die Krise rasch zum wirtschaftlichen Ruin. Weite Kreise des Mittelstandes werden aktiviert, geraten in Bewegung.

Dieser Bewegung des wirtschaftlichen Kleinbürgertums, der kleinen und mittlern Selbständigen, schließen sich die Kreise des sogenannten »*neuen Mittelstandes*«, der Angestellten, Industriebeamten und Techniker sowie der freien Berufe an. Durch die Entwicklung des In-

dustriekapitalismus zum Hoch-, Monopol- und Finanzkapitalismus, durch die Rationalisierung der Produktion, die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes wächst das wirtschaftliche Gewicht dieser Schichten.

Leider stehen uns die Zahlen der Volkszählung des Jahres 1930 über die soziale Gliederung der Berufstätigen noch nicht zur Verfügung. Aber schon der Vergleich der Zählungen der Jahre 1900, 1910 und 1920 läßt die Tendenz der Entwicklung deutlich hervortreten:

	1900	1910	1920
Berufstätige im ganzen	1,470,352	1,693,590	1,778,847
Selbständige	425,460 (28,9 %)	460,878 (27,2 %)	439,859 (24,7 %)
Beamte, Angestellte	134,224 (9,1 %)	204,368 (12,0 %)	264,598 (14,9 %)
Arbeiter, Hilfsarb.	857,801 (58,3 %)	970,024 (57,3 %)	1,000,198 (56,2 %)

Die Zahl der Selbständigen geht nicht nur relativ, sondern auch absolut zurück, die Zahl der Arbeiter und Hilfsarbeiter nimmt zwar absolut zu, relativ aber ab, die Zahl der Beamten und Angestellten nimmt absolut und relativ sehr stark zu. Damit muß ganz zwangsläufig die politische Bedeutung der Mittelschichten wachsen.

Mit der Erschwerung der Auswanderung, der wachsenden nationalistischen Abschließung aller Länder vergrößert sich der Druck des akademischen und technischen Nachwuchses auf den Arbeitsmarkt. Viele Auslandschweizer werden durch die Krise in die Heimat zurückgetrieben. Die verschärfte Konkurrenz innerhalb der akademischen Berufe fördert den Antisemitismus und weckt den Hunger nach sichern Staatsstellen.

Zudem stellt die Weltwirtschaftskrise die *wirtschaftlichen Grundlagen* der Schweiz immer mehr in Frage. Die exportorientierte schweizerische Volkswirtschaft sieht ihren Außenhandel zusammenschrumpfen. Nach dem Zusammenbruch der Stickereiindustrie beginnen auch andere Zweige der Textilindustrie, die Seiden- und Baumwollindustrie, wirtschaftlich zu schwinden. Die Uhrenindustrie leidet immer mehr unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz und der gesunkenen Kaufkraft der Absatzländer. Der Zustrom der Fremden in die Hochgebirgstäler versiegt. Die Kapitalexporthpolitik unserer Großbanken endet mit einem volkswirtschaftlichen Fiasko: wir brauchen bloß an Stichworte wie Genfer Bankenskandale, Kreugerkrach, Chileanleihen, Stillhalteabkommen und deutsches Transfermoratorium zu erinnern.

In der *Landwirtschaft* beginnen die Methoden der Laurschen Wirtschaftspolitik zu versagen. Mit bloßen Preisstützungsaktionen und Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte kann die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die *wirtschaftspolitische Kritik* setzt am Grundsatz der absoluten Handels- und Gewerbefreiheit, am grundlegenden wirtschaftspolitischen Postulat des Liberalismus ein. Der Konkurrenzneid des Kleinkrämers und Handwerkers wendet sich gegen die großen Warenhäuser, die Ein-

heitspreisgeschäfte (Epa), den Straßenhandel der »Migros«, gegen Kartelle und Trusts der Lieferanten; der Konkurrenzneid des Akademikers und kleinen Angestellten speist antisemitische Atavismen; drückende, durch den Preisfall aufgewertet erscheinende Schulden wecken in Kleinbauern- und Gewerbekreisen antikapitalistische Gefühle gegen »das raffende Kapital« der internationalen Hochfinanz und Börsenspekulation.

Das ideologische Bindeglied, der gemeinsame gedankliche Kitt all dieser politischen Tendenzen bildet das Gefühl der bürgerlichen Besitzverbundenheit im nationalen Gedanken und im Kampfe gegen den »Marxismus« für Familie, Religion, Staat und »Volksgemeinschaft«.

Die Mittelstandsbewegung kristallisiert sich in Fronten und Bündnen, teils überparteilicher Natur, teils in Form neuer Parteien ausgesprochen faschistischen Charakters². Als überparteiliche Bewegung sind aufgezo- gen »Die neue Schweiz«, der »Bund für Volk und Heimat«, das »Aufgebot«. Ausgesprochen faschistische Organisationen sind der »Bund nationalsozialistischer Eidgenossen«, »Die Heimatwehr« und die »Nationale Front«. Eine gewisse Zwischenstellung nehmen ein die »Eidgenössische Front«, die »Nationalrevolutionäre Bauern- und Arbeiterpartei der Schweiz«, die waadtländische Organisation »Ordre et Tradition«, die »Jungliberalen«. In direktem oder indirektem Kontakt mit diesen Bewegungen stehen alle jene Organisationen, welche die Kundgebung gegen Nicole als Nationalrat erlassen haben, nämlich die Korporationenverbände der Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich, die Schweizerische Offiziersgesellschaft, der Schweizerische Unteroffiziersverband, der Schweizerische Vaterländische Verband, die Schweizerische Wehrvereinigung, der Ostschweizerische und der Zentralschweizerische Kavallerieverein.

Zweifellos wird sich im Laufe der nächsten Monate ein gewisser Konzentrationsprozeß durchsetzen. Am 3. Juni trat die Ortsgruppe Luzern des »Bundes nationalsozialistischer Eidgenossen« geschlossen zur »Nationalen Front« über. Oberstdivisionär Sonderegger, der Propagandaredner der »Nationalen Front«, sprach am 11. Juni an der nur von wenigen Hunderten besuchten Landsgemeinde der »Heimatwehr« in Steffisburg bei Thun. Das Wirtschaftsprogramm des Bundes »Die neue Schweiz« ist vom Schweizerischen Gewerbeverein an seiner Tagung vom 10. und 11. Juni in Solothurn begrüßt und übernommen worden. Zwischen der »Eidgenössischen Front« und dem »Bund für Volk und Heimat« bestehen enge personelle Beziehungen.

Die Ziele der überparteilichen Bündne und der faschistischen Fronten sind verschieden. Die *überparteilichen Organisationen* versuchen, durch direkte und indirekte Beeinflussung der bürgerlichen Parteien den Kurs der schweizerischen Politik wirtschaftspolitisch auf die Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, kulturpolitisch auf die

² Daß der Stoß der Fronten speziell den schweizerischen Freisinn bedroht, liegt auf der Hand, doch wäre es jetzt schon verfrüht, detaillierte politische Prognosen zu stellen.

Beschränkung der Volksrechte und die Bekämpfung des Kulturbolschewismus umzustellen. Die *faschistischen Fronten* nehmen als Partei den Kampf auf gegen das »System« der Demokratie, gegen den Liberalismus des Freisinns einerseits und den »Marxismus« der Arbeiterbewegung andererseits. Das Ziel der Fronten ist die Parteidiktatur, die Vernichtung des »Parteienstaates« und des Parlamentarismus auf »demokratischem« Wege!

Wir geben nachstehend einige wenige, summarische Angaben über die einzelnen Fronten und Bünde:

1. »*Bund nationalsozialistischer Eidgenossen.*« Führer: Architekt Theodor Fischer, Zürich. Direkte Kopie der Hitlerbewegung: SA-Truppen, Hitlergruß, Hakenkreuz als Parteiabzeichen. Entstand 1931 aus dem 1921 gebildeten »Schweizerring«. Das Kampfblatt »Der Eidgenosse« erscheint im dritten Jahrgang. Fischer machte von sich reden durch seine Anbiederung an Hitler in Ravensburg und die Diffamierung der Schweiz als einen »französischen Vasallenstaat unter jüdischem Protektorat« in Freiburg im Breisgau. Scharfer Antisemitismus, für den blutbewußten Volkstumsbegriff im arisch-völkischen Sinne. Die Mitglieder laufen bereits zur »Nationalen Front« über.

2. »*Die Heimatwehr.*« Zeitung: »Das Schweizerbanner.« 1925 in Zürich gegründet, die Zeitung erschien am 1. April 1926. Propagiert Taktik der Wahlenthaltung. Für den Ständestaat. Gegen Juden und Freimaurer und Korruption. Kleinbürgerliche und bäuerliche Führung mit stark föderalistischen Tendenzen.

3. »*Eidgenössische Front.*« Gegründet anlässlich des Kampfes gegen die Lex Schultheß von Dr. Frick und Dr. Schüle. Beteiligte sich an den Nationalratswahlen 1931 im Kanton Zürich. Gegen den Rassenhaß. Scharfer Antimarxismus. Für den Lohnabbau. Zeitung: »Reformierte Schweizerzeitung.« Föderalistisch. Gegen den Staatssozialismus. Positiv christlich. Enge Beziehungen zum »Bund für Volk und Heimat« und zum stadtzürcherischen Freisinn.

4. »*Nationale Front.*« Entstand durch Verschmelzung der »Neuen Front«, einer Akademikervereinigung, und der antisemitischen »Nationalen Front«. In Schaffhausen wurde die Bezeichnung »Neue Front« beibehalten. Organisation in Gauen: Gau Zürich, Gau Schaffhausen, Thurgau, Gau Basel, Solothurn, Bern, Gau Aargau, Gau Waldstätte. In Genf Oltramare »Union nationale«. Führer: Dr. Tobler, Dr. Biedermann (Zürich), Dr. Henne (Schaffhausen), Rueggsegger (Aargau). Statt SA. »Harst«, statt »Heil Hitler« »Harus«, Hodlergruß statt Hitlergruß. Schweizerfahne mit langen Armen. Antisemitisch, antimarxistisch, antiliberal, gegen Geheimbünde. Für starke Bundesregierung: schweizerischer Landammann (»Landvogtpartei«). Für den Ständestaat. Gegen den Lohnabbau (demagogische Agitationsmethoden im Sinne Hitlers!). Die Buchabteilung in Basel vertreibt vor allem nationalsozialistische Literatur (Hitler: »Mein Kampf«, Rosenberg, Feder usw.).

Zeitungen: »Der eiserne Besen«, »Der Steiner Grenzbote«, Dr. Oehlers »Politische Monatshefte«. Eigenes Schrifttum: Dr. P. Lang: »Tote oder lebendige Schweiz«, Dr. Tobler: »Der Ständestaat«, Dr. Bachmann: »Nationale Wirtschaft«.

5. »Nationalrevolutionäre Bauern- und Arbeiterpartei der Schweiz.« Brechung der Zinsknechtschaft. Verbot der politischen Tätigkeit von Juden, Marxisten, Freimaurern und von arbeitslosem Einkommen lebenden Bürgern.

6. »Das Aufgebot.« Zeitung wird herausgegeben von Dr. Lorenz. Wirbt für die Idee des Korporationenstaates. In Zürich wurde eine Ortsgruppe gegründet.

7. »Die neue Schweiz.« Mittelstandsbewegung von Nationalrat und Regierungsrat Joß und Hans Wyler. Für die Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, gegen Epa, Warenhäuser, Migros, für Entpolitisierung der öffentlichen Betriebe und Gerichte, für die Landesverteidigung, gegen den Kulturbolschewismus, für disziplinierte Demokratie, gegen Diktatur, für fachgemäße Kontrolle der Banken. Nationale Volksbewegung für geistige, wirtschaftliche und politische Erneuerung. Für das Privateigentum. Gegen Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Zeitung: »Die neue Schweiz.« Ortsgruppen.

8. »Ordre et Tradition.« Ausgesprochen waadtländische Vereinigung extrem-föderalistischen Charakters. »Le Pays de Vaud est notre patrie.« Für Abbau der Bundesgewalt!

9. »Bund für Volk und Heimat.« Gegründet am 28. Mai 1933 in Langenthal. Gibt die »Eidgenössische Zeitung« in einer Auflage von 750,000 heraus ab 15. Juni. Prov. Bundesobmannschaft: Dr. E. Bircher (Aarau), Oberstdivisionär Favre (Genf), Direktor Haas (Bern), C. Jenny, Industrieller (Ziegelbrücke), Nationalrat Reichling (Stäfa), Rochat (Lausanne), Pillet, G. Welti, Dr. Schüle (Erlenbach). Mitarbeiter: Rud. Grob, S. Haas, jener Kreis, welcher vor Jahren das Pamphlet »Soll der Sozi die Schweiz regieren?« veröffentlichte. Die Organisation der Offizierskreise und der großen Bourgeoisie. Nächste Kampfziele: 1. Entpolitisierung der öffentlichen Betriebe; 2. Aktion gegen den Kulturbolschewismus; 3. Bindung des passiven Wahlrechtes an das Bekenntnis zur Landesverteidigung. Enge Verbindung mit der Jungbauernbewegung. Orts-, Bezirks- und Kantonalgruppen. Volkstage (Forch, 1. August in Zürich, in Sempach spricht Bundesrat Minger).

Schon heute zeichnen sich in der Mittelstandsbewegung zur »Erneuerung der Schweiz« gewisse Gravitationszentren ab: das Sammelbecken der rein faschistischen Gruppen dürfte die »Nationale Front« werden; ausgesprochene Mittelstandsinteressen verfißt die Bewegung »Die neue Schweiz«; die Führung der großkapitalistischen Reaktion liegt in den Händen des »Bundes für Volk und Heimat«. Das strategische Ziel dieser Kampforganisationen ist die Reaktion auf die wirt-

schaftspolitischen Errungenschaften der schweizerischen Arbeiterschaft der Jahre 1918 und 1919: durch Abschaffung des Proporz, Beseitigung der Arbeitervertreter aus den Behörden soll jener »Umbau« der Demokratie eingeleitet werden, welcher die kapitalistische Wirtschaftsordnung gegen die sozialistische Kritik zu schützen hat. Damit wird die schweizerische Demokratie der härtesten Belastungsprobe seit dem Jahre 1848 ausgesetzt, werden grundsätzliche Kämpfe weittragendster Bedeutung heraufbeschworen.

Welches sind die Aufgaben unserer Bewegung?

Abgesehen von den Fragen der unmittelbaren Taktik (politische Propaganda durch Presse und Versammlungen, Popularisierung unseres Wirtschaftsprogrammes, Einleitung von politischen Aktionen mit aktuellem wirtschaftspolitischem Inhalt in Form von Petitionen zur Arbeitsbeschaffung, Entschuldung der Bauern, Initiative zur Unterstellung des Bank- und Versicherungskapitals unter öffentliche Kontrolle, Aktivierung der Partei- und Gewerkschaftsarbeit usw.), müssen auch grundsätzliche Erörterungen gepflogen werden. Die gegenwärtige Strukturkrise des Kapitalismus weckt in breiten Volksschichten antikapitalistische Tendenzen. Die Frage der *antikapitalistischen Front* der arbeitenden Volksschichten von der Arbeiterschaft über die Angestellten-schichten bis hinüber zu den Bauern ist geschichtlich gestellt. Am 28. Mai hat diese Front ihren ersten Sieg errungen. Dieser Sieg kann nur ein erster Schritt sein. Soll die Arbeiterbewegung die Anschläge der Reaktion abwehren können, so muß die Arbeiterbewegung aus einer Bewegung der Industriearbeiterschaft zu einer alle Schichten des arbeitenden Volkes umfassenden Bewegung werden.

Die Krise hat im Volke starke antikapitalistische Stimmungen erzeugt. Aber diese Stimmungen fördern vorläufig den Sozialismus nicht. Allerdings ist diese Tatsache zum Teil soziologisch aus der Stellung der Mittelschichten zu erklären. Aber auf der andern Seite dürfen wir auch nicht übersehen, daß unsere Bewegung es bisher nicht verstanden hat, ein klares Bild der sozialistischen Wirtschaft zu entwerfen. Der politische Kampf ist — in der Demokratie — immer ein Kampf um konkrete, anschauliche Ziele. Nur zu oft sprechen wir zum Volk in einer abstrakten marxistischen Sprache, wir mühen uns ab um theoretische Spitzfindigkeiten. Die großen politischen Ziele verblassen hinter dem Kampf des politischen Alltags. Auch unser Parteileben bedarf der Erneuerung, der geistigen Vertiefung. Der Kampf gegen den Nationalismus und Chauvinismus kann man nur auf der Basis einer zielklaren internationalen Ideologie, das heißt der Ideologie eines *europäischen Staatenbundes*, führen. Das Verhältnis zur Demokratie muß eindeutig geklärt werden. Es scheint uns die Aufgabe unserer Partei zu sein, jene Synthese von persönlicher Freiheit und öffentlicher Verwaltung zu finden, welche den Staat in der Gesellschaft aufgehen läßt.

Die Parole der Einheitsfront mit den Kommunisten ist geschichtlich überholt. Durch die klare Abgrenzung der politischen Ziele nach links

und nach rechts arbeiten wir ebensowenig der Reaktion in die Hände, wie seinerzeit die schroffe Ablehnung des Anarchismus durch die Arbeiterbewegung in den achtziger Jahren der politischen Reaktion unserer Gegner gedient hat.

Die Zeit der äußern Erfolge ist für Jahre vorüber. Unsere Bewegung muß sich sammeln, innerlich sammeln und geistig vorbereiten auf jene Zeit, da wir wieder von der Geschichte zu geschichtlicher Tat gerufen werden. Unsere Aufgabe kann heute nur sein: *entschlossene, elastische Abwehr der reaktionären Angriffe auf die politische Demokratie und die Volksrechte, zielbewußter, den Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßter Angriff auf der wirtschaftspolitischen Front im Sinne eines Umbaues der Volkswirtschaft durch den Abbau der liberalen Handels- und Gewerbefreiheit zur sozialen Gemeinwirtschaft und Arbeitsdemokratie.*

Literatur: Juniheft der »Neuen Schweizer Rundschau«, Tagespresse.

Aktivität der Arbeiterschaft im Kampfe gegen Reaktion und Fronten

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Seit die Krise sich in unserm Lande vertieft, insbesondere aber seit der Hitlerfaschismus in Deutschland zur Macht gelangt ist, nimmt die Reaktion zu. Ein Teil der entwurzelten kleinbürgerlichen Elemente hat das Zutrauen zu der bisherigen Wirtschafts- und Staatsform verloren. Junge Leute, die keine Zukunft vor sich sehen, suchen nach etwas Neuem. Man will möglichst rasch Hilfe. Jene, die viel versprechen und »Schuldige« anprangern, werden gehört.

Es sind eine ganze Reihe von Fronten entstanden, die nicht nur in Anspruch nehmen, national zu sein und der Heimat zu dienen, sondern die auch versprechen, daß sie den Weg zur Rettung gehen werden.

Wir sind in einer Zeit, die von *tiefsten Erschütterungen der Wirtschaft zerrissen* ist. *Alles Bisherige droht zusammenzustürzen.* Die Arbeitslosigkeit in der Industrie nimmt fortwährend zu. Die Zoll-erhöhungen, die Einfuhrverbote, die Abschließung des nationalen Marktes bringen keine Rettung. Im Gegenteil! Durch diese Mittel wird der Export vollständig ruiniert. Je schlechter es den Leuten geht, um so weniger sehen sie die wirklichen Ursachen dieser Krise. Sie haben sich bisher um die kapitalistische Entwicklung nicht gekümmert. Für sie war das Bisherige gegeben. Sie glaubten den Feinden der Sozialdemokratie und den Freunden des Kapitalismus.

Heute glauben sie jenen, die den Marxismus, die Juden, die Warenhäuser, die Freimaurer anzuprangern versuchen. Viele sehen die einzige Rettung in der *Rückkehr zu den politischen Zuständen früherer Jahrhunderte.* Tagtäglich trägt der Radio die Hitlerpropaganda in unser